

Internationale Sicherheitspolitik für das Europa der nächsten Generation

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union
am 11. und 12. März 2017 in Oldenburg

Die Welt ist im Umbruch und eine politische Zeitenwende ist in vollem Gange. Jahrzehnte der Bündnisstabilität, ob innerhalb der Europäischen Union oder des Nordatlantikpaktes, laufen einer Zäsur entgegen. Somit steht auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand. So wenig die Präsidentschaft Donald Trumps, der Brexit, das Aufkommen von Populismen in Europa oder die Hegemonialpolitik Russlands und der Türkei uns in Panik versetzen sollten, so sehr lohnt es doch, frühzeitig eine neue Rolle Deutschlands in der internationalen Außen- und Sicherheitspolitik zu definieren. Das Bekenntnis zur NATO und zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist deutsche Staatsräson und war und ist Garant für ein friedliches und freies Deutschland. Der Charakter und die Ausrichtung haben sich seit der Gründung des Nordatlantikpaktes ebenso erheblich verändert wie die Rolle Deutschlands in dem Verteidigungsbündnis. Die USA, das mit Abstand größte Mitglied, werfen Fragen nach Sinnhaftigkeit und Neuausrichtung des Bündnisses auf. Diesen Fragen müssen wir uns stellen und unsere eigene Rolle kritisch reflektieren. Die Aufstellung der Bundesrepublik im strukturellen Gefüge unserer Nachbarn und Bündnispartner hat einen Jahrzehnte andauernden Veränderungsprozess durchlaufen. Die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wurde mit hoher Sensibilität durch die Regierung Adenauer vollzogen. Nur so konnte das verlorene Vertrauen unserer Nachbarländer zurückgewonnen und alte Feinde zu neuen Freunden werden. Dieser Vertrauensbildungsprozess ist 72 Jahre nach Kriegsende zweifellos abgeschlossen.

I. Deutschland muss mehr internationale Verantwortung übernehmen

Als gefestigte Demokratie nimmt Deutschland heute eine Führungsrolle innerhalb Europas wahr. Als bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft muss Deutschland dieser politischen und ökonomischen Verantwortung gerecht werden. Außen- und sicherheitspolitisch haben sich viele Bundesregierungen schwergetan, nationale und europäische Interessen im Ausland konsequent durchzusetzen. So ist es ein erklärtes Interesse Deutschlands und der EU, unsere Handelswege sowie wirtschaftlichen Interessen zu schützen, den Aufbau staatlicher Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen, Good-Governance oder Anti-Korruptionsmaßnahmen in Krisen- und Entwicklungsländern zu fördern. Seit dem Wahlsieg der Union 2005 wurde das

militärische Auslandsengagement Deutschlands im Rahmen von UN-Mandaten und NATO-Operationen erhöht. Um dies langfristig zu halten und auszubauen, braucht es eine moderne, gut ausgerüstete und mannstarke Bundeswehr. Die Junge Union begrüßt deshalb die eingeleitete Trendwende zum Truppenaufbau. Dennoch muss das Ziel sein, rund zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben bereitzustellen sowie alle Nato-Vorgaben zu erfüllen. Die Junge Union fordert, diesen Aufbau zu nutzen, um einen langfristigen Gestaltungsanspruch innerhalb der Bündnisse anzustreben und durchzusetzen. Ziel muss sein, die Abhängigkeit Deutschlands von außereuropäischen NATO-Partnern zu verringern.

Gleichzeitig ist der Auf- und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie der wirtschaftliche Fortschritt in Entwicklungsländern, ebenfalls ein Sicherheitsinteresse Deutschlands, um zukünftige Krisen und Kriege zu verhindern. Daher bekennt sich die Junge Union zudem ausdrücklich zu dem Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. In der Handelspolitik bedarf es langfristig einer Reform des internationalen Systems.

Im Dreiklang mit Entwicklungshilfe und „hard power“ ist Deutschland außerdem ein weltweit anerkannter Partner in diplomatischen Verhandlungen und verfügt über eine nicht zu unterschätzende „soft power“. Kern einer erfolgreichen „soft power“-Strategie ist die Glaubwürdigkeit eines Staates. Die Legitimation deutscher Außenpolitik lebt von dieser Glaubwürdigkeit, da sie – gerade in Zeiten des vermehrten Einsatzes von gezielten staatlichen Fake-News in Konfliktsituationen – sich von reiner Propaganda anderer Staaten unterscheidet. Es ist daher im ureigenen Sicherheitsinteresse Deutschlands, diese Fähigkeiten einzusetzen und gezielt auszubauen, um die Legitimität und moralische Autorität außenpolitischen Handelns zu stärken.

II. Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion

Die Junge Union setzt sich dafür ein, dass die europäische Ebene gemeinsam mit der NATO zum Mittelpunkt unseres Sicherheits- und Verteidigungskonzepts wird. Das international gestiegene Konfliktpotential macht es erforderlich, eine schlagkräftige europäische Verteidigungsunion zu etablieren, die mit und im Rahmen der NATO ein Garant für Frieden und Schutz in Europa ist. Diese Institution würde die nationalen Streitkräfte nicht abschaffen, sondern militärische Kompetenzen im Rahmen einer einheitlichen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur bündeln und den Austausch zwischen den nationalen Armeen weiter fördern. Hierbei gilt es, ein pragmatisches, aber inhaltlich ambitioniertes Verfahren zu definieren, das den Aufbau einer Verteidigungsunion nach bereits bestehender europäischer

Rechtslage ermöglicht. Ziel muss es sein, dass die Bundesrepublik sowohl in der NATO als auch in einer Europäischen Verteidigungsunion als verlässlicher und robuster Bündnispartner wahrgenommen wird. Die Initiative des Framework Nation Concepts ist ein Schlüsselbeitrag im Rahmen europäischer Verteidigungskooperationen. Durch den Aufbau multinationaler Verbände, werden nicht nur militärische (europäische) Schlüsselfähigkeiten erhalten, sondern auch die Einsatzfähigkeit und Durchhaltefähigkeit europäischer Armeen gewährleistet. Deutschland ist in vielen Bereichen für andere NATO-Staaten als „Anlehnungspartner“ attraktiv, das zeigen beispielsweise Kooperationen mit den Niederlanden im Bereich der Luftverteidigung sowie luftbeweglicher Kräfte und gemeinsame militärische Verbände wie die dt.-frz. Brigade.

So kann ein effizientes „Pooling und Sharing“ von Ausrüstung und Gerät europaweit sichergestellt werden. In das Konzept einer Verteidigungsunion gehört auch, gemeinsame europäische Standards für Waffensysteme und deren Beschaffung zu definieren. Dies soll einheitliche Ausschreibungsvorgaben, standardisierte Pflichten- und Lastenhefte sowie Haftungsregeln für Rüstungsunternehmen vorsehen. Europäische Kooperationsprogramme im Rahmen einer gemeinsamen Rüstungspolitik können hierzu entscheidend beitragen. Die Spezialisierung der industriellen Partner in Verbindung mit der auf gemeinsamen Bedarfen basierenden Spezifikation und Design sind dabei die Erfolgsfaktoren. Allerdings erfordert dies eine transparente und nachvollziehbare Anwendung europäisch harmonisierter Exportbestimmungen.

Das Bekenntnis zu einer Europäischen Verteidigungsunion umfasst die Bereitschaft, nationale Kompetenzen zu Gunsten der europäischen Ebene abzugeben. Das 2005 in Kraft getretene Parlamentsbeteiligungsgesetz, das einen Parlamentsvorbehalt bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr vorsieht, bedarf in diesem Zusammenhang einer Reform. Denn zunehmende Bündnisintegration bedeutet auch erhöhte Anforderungen an Deutschlands Verlässlichkeit. Wir fordern eine grundsätzliche Mandatierung von deutschen Soldaten in internationalen Stäben, in Beobachter- und Ausbildungsmissionen, die nicht mehr dem Parlamentsvorbehalt unterliegt. Zudem sind jährliche Vorratsbeschlüsse für multinationale Einsatztruppen anzustreben. Die Einsätze dieser europäischen Kontingente im Rahmen einer Verteidigungsunion könnten durch EU-Parlamentsbeschluss legitimiert werden.

III. Europäische Zusammenarbeit stärken

Es bedarf großer Anstrengungen die junge Generation Europas zusammenzuführen, Gemeinsamkeiten zu vermitteln, Vorurteile abzubauen, um somit Populismen den Boden zu entziehen und die europäische Integration zum selbstverständlichen Alltag junger Menschen

aller Bevölkerungs- und Bildungsschichten werden zu lassen. Auf akademischer Ebene hat sich das Erasmus-Programm bewährt. Europa ist für die überwältigende Mehrheit von Studenten keine ökonomische oder politische Struktur, sondern die gelebte Einheit in Vielfalt. Es ist höchste Zeit diese Idee des Austauschs für alle Ausbildungsebenen zu öffnen.

Kooperationsprojekte wie die Deutsch-Französische Brigade oder die Deutsch-Niederländische Marineallianz sollen Vorbild für viele weitere EU-Verteidigungsprojekte sein. Damit der einheitliche Charakter einer solchen gemeinschaftlichen Struktur klar kommunizierbar ist, braucht es einen gemeinsamen Namen und einen klaren Identifikationscharakter für junge Menschen in allen 28 bzw. 27 Mitgliedsstaaten. Ziel ist es, dass die 1,5 Millionen Soldaten in Europa sich als Einheit begreifen, um Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen, aber auch für Europäische Interessen im Ausland aktiv zu werden.

Eine solche Institution würde die politische Bedeutung der Europäischen Union als einheitlicher außen- und sicherheitspolitischer Akteur in der Welt erheblich aufwerten, den Anspruch nach mehr internationaler Verantwortung unterstreichen und gleichzeitig die Europäische Integration nachhaltig vertiefen.

IV. Die Beziehungen zu Russland und der Ukraine

Die Junge Union erneuert die Forderungen ihrer Stettiner Erklärung vom Februar 2015, nach einer klaren europäischen Perspektive für die Ukraine, die vor allem die Ansprüche an ein Partnerland der EU unterstreicht. Minderheitenschutz, Korruptionsbekämpfung, Gewaltenteilung sowie die Wahrung der Rechte aller ukrainischen Bürger und Einwohner sind unangreifbar. Die durch die Ukrainekrise und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim haben tiefe Verwerfungen und Fehleinschätzungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur aufgezeigt, die nicht nur eine Neuausrichtung der NATO, sondern auch eine Überarbeitung der Beziehungen zu Russland erfordern. Gute Beziehungen zu Russland sind wichtig. Eine Reduzierung von Sanktionen kann indes nur infrage kommen, wenn das Minsker Abkommen vollständig umgesetzt wird. Die Strukturen der NATO im Osten des Bündnisgebietes müssen substantiell gestärkt werden, um unseren osteuropäischen Verbündeten die notwendige Sicherheit zu vermitteln. Deshalb begrüßen wir den geplanten Ausbau des multinationalen Hauptquartiers in Stettin zu einer Drehscheibe für künftige regionale Kooperation und Bündnisverteidigung. Trotz der aktuell belasteten Beziehungen mit der russischen Regierung, fordert die Junge Union, den Dialog mit unseren russischen Partnern und unseren dortigen Partnerorganisationen insbesondere der Opposition und der Zivilgesellschaft fortzusetzen. Frieden in Europa kann es nur mit und nicht gegen Russland geben. Deshalb müssen wir

Russland langfristig nicht nur in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur, sondern auch in politische, gesellschaftliche und kulturelle Vorhaben mit einbeziehen.

V. Die Beziehungen zur Türkei

Die Junge Union blickt mit großer Sorge auf die politischen Entwicklungen in der Türkei. Die Aushöhlung demokratischer Strukturen, der Gewaltenteilung sowie der Presse- und Meinungsfreiheit ist nicht akzeptabel. Der Abbruch der Gespräche zum Beitritt zur Europäischen Union ist – unabhängig von aktuellen politischen Entwicklungen – zwingend erforderlich. Dennoch bedarf es einer strategischen und pragmatischen Partnerschaft, insbesondere innerhalb der NATO, mit der Türkei. Sei es um die Einhaltung des Flüchtlingspakts zu garantieren, als auch Wirtschafts- und Handelsbeziehungen deutscher Unternehmen zu schützen. Unsere Generation wird sowohl daran gemessen werden, ob wir die Freiheit in Europa bewahren können, als auch daran, ob es uns über die Grenzen unserer Union hinaus gelingen wird, in nachbarschaftlichem Frieden zu leben.

Die Dimensionen sind größer geworden, aber es muss das gleiche Bestreben bleiben: aus Gegnern werden Freunde. Diesem Auftrag können wir nur gerecht werden, wenn wir mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, als geeintes Europa selbstbewusster auftreten und uns nicht in Abhängigkeiten bringen.